

„Klein-Klein“ in der Haushaltsdebatte

Bruchköbeler Bürgerbund: Etatausgleich auf 2020 verschoben

Bruchköbel (pm/cd). Die Beratungen des Haushalts 2014 haben die grundlegende Auffassung des Bruchköbeler Bürgerbunds (BBB) bestätigt, dass mit dem vorherrschenden „Klein-Klein“ keine grundlegende Änderung der maroden Finanzlage zu erreichen ist, erklärt der BBB in einer Pressemitteilung.

„Es ist bezeichnend, dass die Verwaltung von dem von Bürgermeister Maibach für 2018 angekündigten Haushaltsausgleich bereits abgerückt ist. Mittlerweile wurde während der Haushaltsberatungen das Jahr 2020 als möglicher Zeitpunkt dieser dringenden Auflage der Kommunalaufsicht mit in Erwägung gezogen“, sieht BBB-Stadtverordneter Harald Hormel jenseits der Diskussion einzelner Positionen wenig Chancen, dass das Bruchköbeler Zahlenwerk im Ganzen vom Main-Kinzig-Kreis genehmigt werden wird.

Mit zahlreichen Anträgen würden beispielsweise bei Sport-, Frauen- und Kulturförderung ein paar tausend Euro eingespart. Bei Kürzungen der Stadtmarketing GmbH werde so argumentiert, als würde sich eine Reduzierung der Sachausgaben ohne Kürzungen beim Personal realisieren lassen. „Alles zusammen wird dann dafür kassiert, um die von Bürgermeister Maibach eingerechnete Schließung des Schwimmbads rückgängig zu machen und

mit den vorher erzielten Einsparungen auszugleichen“, so der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz. Der BBB sehe deshalb mit Spannung dem Gesprächsangebot der CDU entgegen, für den Haushalt 2015 grundlegend neue Strukturen für die Bruchköbeler Finanzen zu beraten. Bis dahin gelte für den BBB, dass die bis 2018 jeweils vorgesehenen jährlichen Steuererhöhungen ohne gleichzeitige grundlegende Einsparungen nur ein Griff in die Taschen aller Bürger und keine Haushaltskonsolidierung seien.

„Es bleibt aber abzuwarten, wie nach der nicht erfolgten Beratung des vom Bürgermeister vorgelegten Doppelhaushalts 2014/2015 eine Mehrheit für den Einzelhaushalt des Jahres 2014 zustande kommen soll“, befürchtet BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold weitere Schwierigkeiten für die dringend notwendige Stadtentwicklung, wenn kein genehmigter Haushalt vorliege.

Die Abstimmungsergebnisse in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses unterstreichen seine Bedenken: Stellenplan 2014, Haushaltssatzung 2014, Haushaltssicherungskonzept, Investitionsprogramm und Finanzplanung bis 2018 sowie die vorgeschlagenen Erhöhungen von Grund- und Gewerbesteuer für 2014 erhielten jeweils keine Mehrheit.